

Herrler/Hertel/Kessler
Aktuelles Immobilienrecht 2025

Aktuelles Immobilienrecht 2025

in der Gestaltungspraxis

von

Sebastian Herrler

Notar, München

Christian Hertel, LL.M. (George Washington University)

Notar, Weilheim i.OB

Prof. Dr. Christian Kessler

Notar, Düren

mit Beiträgen von

Dr. Andreas Bernert

Notar a. D., Geschäftsführer des Deutschen
Notarinstituts (DNotI), Würzburg

Prof. Dr. Anatol Dutta

Ludwig-Maximilians-Universität München

Dr. Kai Hamdorf

Richter am Bundesgerichtshof, V. Zivilsenat,
Karlsruhe

Dr. Jörg Ihle

Notar, Bergisch Gladbach-Bensberg

Prof. Dr. Jan Lieder

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Prof. Dr. Markus Würdinger

Universität Passau

2025



Zitiervorschlag:
Herrler/Hertel/Kessler ImmobilienR. 2025/Bearbeiter S. ...

beck.de

ISBN 978 3 406 83902 3

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz, Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Der vorliegende Band ist die überarbeitete und erweiterte Buchfassung des Skripts der Vortragsreihe „Aktuelle Probleme der notariellen Vertragsgestaltung im Immobilienrecht“ des Deutschen Anwaltsinstituts (DAI), Fachinstitut für Notare, aus dem Frühjahr 2025. Anregungen und aus den Diskussionen der insgesamt zehn Veranstaltungen gewonnene Erkenntnisse haben wir eingearbeitet. Neben zahlreichen Formulierungsvorschlägen haben wir das Buch – wie schon in den Vorjahren – um ein Reader's Digest ergänzt, welches dem eiligen Leser einen Zugriff auf die behandelten Themen in Kurzform ermöglicht und den daraus folgenden Anpassungsbedarf für die Vertragsmuster bzw. die Büroorganisation skizziert, und ein Stichwortverzeichnis der in den Jahren 2019–2025 behandelten Themen aufgenommen, das auch die Bände der Vorjahre erschließt.

Vor allem enthält die vorliegende Buchfassung die Beiträge der folgenden hochkarätigen Gastreferenten aus Justiz, Wissenschaft und Notariat, die unsere Veranstaltung auch in diesem Jahr bereichert haben:

- aus der Justiz Dr. Kai **Hamdorf**, Richter am Bundesgerichtshof, V. Zivilsenat,
- aus der Wissenschaft Prof. Dr. Anatol **Dutta**, Ludwig-Maximilians-Universität, München, Prof. Dr. Jan **Lieder**, Universität Freiburg, und Prof. Dr. Markus **Würdinger**, Universität Passau, sowie
- die Notarkollegen Dr. Andreas **Bernert**, Geschäftsführer des Deutschen Notarinstituts, Würzburg, und Dr. Jörg **Ihle**, Notar in Bergisch Gladbach-Bensberg.

Wir hoffen, mit diesem bunten Strauß unterschiedlicher Themen – und auch unterschiedlicher Perspektiven – wieder eine Hilfe von Praktikern für Praktiker geben zu können.

Für Anregungen, Hinweise und auch für Kritik sind wir stets dankbar (aktuellesimmrecht@brienner13.de).

Ein besonderer Dank für die tatkräftige Unterstützung bei der Betreuung der Manuskripte und der Weiterentwicklung des Stichwortverzeichnisses gilt *Manuel Baumgärtel*, *Marius Paul*, *Amelie Mengue* und *Nils Vogel*.

München, Weilheim und Düren im August 2025

Sebastian Herrler
Christian Hertel
Christian Kesseler

Alle Ausgaben der Reihe

Herrler/Hertel/Kessler, Aktuelle Probleme der notariellen Vertragsgestaltung im Immobilienrecht 2013/2014, DAI-Tagungsskript Februar/März 2014

Herrler/Hertel/Kessler, Aktuelle Probleme der notariellen Vertragsgestaltung im Immobilienrecht 2014/2015, DAI-Tagungsskript Februar/März 2015

Herrler/Hertel/Kessler, Aktuelle Probleme der notariellen Vertragsgestaltung im Immobilienrecht 2015/2016, DAI-Tagungsskript Februar/März 2016

Herrler/Hertel/Kessler, Aktuelle Probleme der notariellen Vertragsgestaltung im Immobilienrecht 2016/2017, DAI-Tagungsskript Februar/März 2017

Herrler/Hertel/Kessler, Aktuelle Probleme der notariellen Vertragsgestaltung im Immobilienrecht 2017/2018, DAI-Tagungsskript Februar/März 2018

alle abrufbar im Volltext unter

<https://brienner13.de/sebastian-herrler/skripte-aktuelle-probleme-der-notariellen-vertragsgestaltung-download/>

Seit 2019 im Verlag C.H.BECK:

Herrler/Hertel/Kessler, Aktuelles Immobilienrecht 2019 in der Gestaltungspraxis

Herrler/Hertel/Kessler, Aktuelles Immobilienrecht 2020 in der Gestaltungspraxis

Herrler/Hertel/Kessler, Aktuelles Immobilienrecht 2021/2022 in der Gestaltungspraxis

Herrler/Hertel/Kessler, Aktuelles Immobilienrecht 2022 in der Gestaltungspraxis

Herrler/Hertel/Kessler, Aktuelles Immobilienrecht 2023 in der Gestaltungspraxis

Herrler/Hertel/Kessler, Aktuelles Immobilienrecht 2024 in der Gestaltungspraxis

Jeweils zitiert:

Bearbeiter in Herrler/Hertel/Kessler ImmobilienR ... S. ...

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Alle Ausgaben der Reihe	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Thesen und Folgen für die Vertragsgestaltung	1
A. Aktuelle BGH-Rechtsprechung	
I. Verjährung des Eigentumsverschaffungsanspruchs	21
II. Geltendmachung höchstpersönlicher Ansprüche	30
III. Der verloren gegangene Grundschuldbrief	39
B. Grundstückskaufvertrag	
I. Formmängel	45
II. Sachmängel	70
III. Lastenfreistellung	82
IV. Mietrecht	95
V. Verlängerung der Annahmefrist muss nicht bei Vormerkung eingetragen werden	102
VI. Aktuelle Entwicklungen im neuen Maklerrecht	110
C. Bauträgervertrag	
I. Unwirksame Abnahmeklausel	123
II. Grundlagen zum verdeckten Bauherrenmodell	130
D. Überlassungsvertrag	
I. Überlassung eines Miteigentumsanteils erfordert noch keinen Ergänzungspfleger	145
II. Nachweis des dauerhaften Wegzugs bei Wohnungsrecht	149
III. Teilentgeltliche Übertragung ist kein Veräußerungsgeschäft iSd § 23 Nr. 1 EStG	154
E. Wohnungseigentum und Erbbaurecht	
I. Mehrfachparker sind nach jetzigem WEG sondereigentumsfähig	157
II. Nutzungsrecht und bauliche Änderungen „wie bei real geteilten Grundstücken“	163
III. Gestreckte Begründung von Sondernutzungsrechten für Kfz-Stellplätze	169
IV. Begründung von Wohnungseigentum	181
V. Anspruch auf erstmalige Herstellung des Gemeinschaftseigentums	189
VI. Organisation und Verwaltung der Wohnungseigentümergeinschaft	200
VII. Erbbaurecht	208
F. Allgemeines Grundstücksrecht/Beschränkte dingliche Grundstücksrechte	
I. Nießbrauch und Schuldübernahme	219
II. Vorkaufsrechte	223
III. Dienstbarkeit	226

Inhaltsübersicht

IV. Grundschuld – Eigentum – Sicherungsvertrag	235
V. Aktuelle obergerichtliche Rechtsprechung zu den Grundpfandrechten	246
G. Grundbuchrecht	
I. Transmortale Vollmacht	259
II. Bewilligung mit handschriftlichen Änderungen	264
III. eGbR	267
IV. Die Verwendung elektronisch übermittelter Gerichtsbeschlüsse im Grundbuchverfahren	279
H. Steuerrecht	
I. Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht	291
II. Grunderwerbsteuerrecht	299
III. Ertragsteuerrecht	307
I. Öffentliches Recht: Genehmigungserfordernis für die Aufteilung	
I. Geltungsbereich von § 878 BGB	319
II. Voraussetzung für die Vorverlagerung des maßgeblichen Zeitpunkts	319
J. Beurkundungsverfahren	
I. Russlandsanktionen verbieten nicht Beurkundung eines Grundstückskaufvertrages	323
II. Systematische Beurkundung mit vollmachtlosen Vertretern	324
K. Internationales Privatrecht: Europäisches Nachlasszeugnis und Grundstücksverkehr	
I. Allgemeines zum Europäischem Nachlasszeugnis	327
II. Voraussetzungen zur Erteilung des Nachlasszeugnisses	328
III. Zuständigkeit zur Ausstellung des Nachlasszeugnisses, Art. 64 EuErbVO	332
IV. Verfahren zum Erlass des Nachlasszeugnisses, Art. 66, 67, 70 EuErbVO	332
V. Wirkungen des Nachlasszeugnisses, Art. 69 EuErbVO	333
VI. Berichtigung, Änderung oder Widerruf des Zeugnisses sowie Rechtsbehelfe ...	337
Stichwortverzeichnis	339

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Alle Ausgaben der Reihe	VII
Inhaltsübersicht	IX
Thesen und Folgen für die Vertragsgestaltung	1
A. Aktuelle BGH-Rechtsprechung	
I. Verjährung des Eigentumsverschaffungsanspruchs	21
1. Verjährung eines Eigentumsverschaffungsanspruchs	22
2. Keine Ausnahme bei synallagmatischen Verträgen (Grundstückskauf)	22
3. Kein „Stillhalteabkommen“	24
4. Stellungnahme und Gestaltungsüberlegungen	25
II. Geltendmachung höchstpersönlicher Ansprüche	30
1. Ausschluss der Stellvertretung (höchstpersönliches Rechtsgeschäft)	30
2. Höchstpersönliche Ansprüche	31
3. Gestaltungsmöglichkeiten beim Überlassungsvertrag	32
4. Stellungnahme	35
5. Hinweise für die Gestaltungspraxis	36
III. Der verloren gegangene Grundschuldbrief	39
1. Leistungspflichten des Verkäufers hinsichtlich der Lastenfreistellung	39
2. Verschulden	41
3. Kein Anspruch gegen die Bank	44
B. Grundstückskaufvertrag	
I. Formmängel	45
1. Einführung	45
2. Nicht beurkundete Vorauszahlungsabrede	53
3. Heilung der Formnichtigkeit im Fall einer „Schwarzgeldabrede“	60
II. Sachmängel	70
1. Bagatellisierende Hinweise genügen nicht zur Offenbarung eines Sachmangels	70
2. Asbesthaltige Verkleidung einer Dachgaube im zweiten Stock ist nicht offenbarungspflichtig	75
3. Verschweigen ist auch dann arglistig, wenn Verkäufer die Ursache des ihm bekannten Mangels nicht kennt	76
4. Angabe im Maklerexposé: „Dach komplett erneuert“	78
5. Allgemeiner Haftungsausschluss für Sachmängel bezieht sich nicht auf vereinbarte Beschaffenheit	79
6. Bezeichnung als Wohnung ist nicht notwendig Beschaffenheitsvereinbarung ..	80
III. Lastenfreistellung	82
1. Fälligkeit der Pflicht zur Lastenfreistellung	82
2. Kündigung des Darlehensvertrages durch Anforderung der Löschungsbewilligung durch Notar	91
3. Exkurs: Anforderung der Löschungsunterlagen	94
IV. Mietrecht	95
1. Einführung: § 577a vs. § 573 BGB	95
2. „Cousin“ kein Familienangehöriger iSv §§ 573 Abs. 2 Nr. 2, 577a Abs. 1a S. 2 BGB	96
3. Eigenbedarfskündigung bei überwiegend freiberuflicher Tätigkeit	98
	XI

V. Verlängerung der Annahmefrist muss nicht bei Vormerkung eingetragen werden	102
1. Kurzüberblick: Die Entwicklung der Rechtsprechung zur Wieder- und Weiterverwendung	102
2. Die aktuelle Entscheidung	104
3. Praxis	106
VI. Aktuelle Entwicklungen im neuen Maklerrecht	110
1. Ziele des neuen Rechts	110
2. Anwendungsbereich der §§ 656a ff. BGB	111
3. Textform gemäß § 656a BGB	113
4. Verbraucherschutz (§§ 656b, 656c, 656d BGB)	114

C. Bauträgervertrag

I. Unwirksame Abnahmeklausel	123
1. Abnahmeklauseln	124
2. Verjährung – Überschreitung der Höchstfristen	126
3. Verwirkung	128
4. Bewertung	128
II. Grundlagen zum verdeckten Bauherrenmodell	130
1. Beurkundungspflichtigkeit des Bauvertrags	131
2. Anwendbarkeit der MaBV und Auswirkungen auf die Vertragsgestaltung	134
3. Exkurs: Gleichlauf zwischen Beurkundungsbedürftigkeit des Bauvertrags und Anwendbarkeit der MaBV?	141
4. Herausforderungen für die Vertragsgestaltung: Zivilrechtliche Ebene	141
5. Strenge Ansicht: Mitbeurkundungspflicht des Bauvertrags und Anwendbarkeit der MaBV führt zur „Verschmelzung“ beider Verträge auf allen Ebenen	142
6. Risiken für den Notar bei Trennung von Kauf- und Bauvertrag (anstelle eines einheitlichen Bauträgervertrags)	143

D. Überlassungsvertrag

I. Überlassung eines Miteigentumsanteils erfordert noch keinen Ergänzungspfleger	145
1. Eltern können ihre minderjährigen Kinder gegenüber sich selbst oder gegenüber Großeltern nur vertreten, wenn Rechtsgeschäft lediglich rechtlich vorteilhaft ist	145
2. KG und OLG München wollten Erwerb von Miteigentum dem Erwerb von Wohnungseigentum gleichstellen	146
3. BGH: Erwerb von Miteigentum ist nicht nachteiliger als Erwerb von Alleineigentum	147
4. BGH-Entscheidung betrifft nur den dinglichen Rechtserwerb	148
II. Nachweis des dauerhaften Wegzugs bei Wohnungsrecht	149
1. Einführung	149
2. OLG München Beschl. v. 30.7.2024 – 34 Wx 134/24e	150
3. Formulierungsbeispiel für eine Wegzugsklausel	151
4. „Umgekehrte Wegzugsklausel“	152
III. Teilentgeltliche Übertragung ist kein Veräußerungsgeschäft iSd § 23 Nr. 1 EStG	154
1. Sachverhalt	154
2. Die Überlegungen des FG	154
3. Bewertung	155
4. BMF-Schreiben und BFH-Rechtsprechung	156
5. Praktische Hinweise	156

E. Wohnungseigentum und Erbbaurecht

I. Mehrfachparker sind nach jetzigem WEG sondereigentumsfähig	157
1. Duplexparker und Palettensysteme	157
2. Begründung	158
3. Risiko: Definition der Raumeigenschaft?	160
4. Das neue Recht	160
5. Überführung ins neue Recht?	162
II. Nutzungsrecht und bauliche Änderungen „wie bei real geteilten Grund- stücken“	163
1. Sachverhalt: Baurechtliche Änderung nach Gemeinschaftsordnung wie bei real geteilten Grundstücken	163
2. Entscheidung: Regelung zulässig – dann nur Verstoß gegen drittschützende Normen	164
3. Anmerkung: Entscheidung auf übliche Gestaltung übertragbar	165
4. Formulierungsvorschlag: Reihenhäuser oder Doppelhaushälften im WEG ...	166
III. Gestreckte Begründung von Sondernutzungsrechten für Kfz-Stellplätze	169
1. Sondernutzungsrecht oder eigene Teileigentumseinheit?	169
2. Möglichkeiten, Stellplätze im Freien erst später zuzuweisen	172
3. OLG Karlsruhe Beschl. v. 28.3.2024 – 14 W 104/23 (Wx)	173
4. Gestaltung	175
5. Formulierungsvorschläge	179
IV. Begründung von Wohnungseigentum	181
1. Aufteilungsplan ist auch bei Einreichung in Papierform größer DIN A3 vollziehbar	181
2. Grundbuchamt darf Teilungserklärung nur auf offensichtliche Unwirksamkeit hin prüfen	186
V. Anspruch auf erstmalige Herstellung des Gemeinschaftseigentums	189
1. BGH Urt. v. 20.12.2024 – V ZR 243/23	189
2. Folgefragen	193
3. Vertragsgestaltung für WEG-Gemeinschaftsordnung	196
4. Abschlagszahlungen im Bauträgervertrag	197
5. Belehrungspflicht über Haftungsrisiko im Bauträgervertrag?	199
VI. Organisation und Verwaltung der Wohnungseigentümergeinschaft	200
1. Vertretungsbefugnis des WEG-Verwalters ist nach außen unbeschränkt	200
2. Exkurs: Wohnungseigentümer sind Miteigentümer einer Einheit – Übertragung auf die Wohnungseigentümergeinschaft	202
3. WEG-Verwalter ist Organ der Wohnungseigentümergeinschaft, nicht Vertragspartner der einzelnen Wohnungseigentümer	203
4. Kein Schadensersatzanspruch des einzelnen Wohnungseigentümers gegen den WEG-Verwalter	203
5. Auch bei verwalterloser Zwei-Personen-Wohnungseigentümergeinschaft ist Klage gegen die Gemeinschaft, nicht gegen den anderen Wohnungseigentümer zu richten	206
6. Veräußerungszustimmung	206
7. Prozesskosten sind Verwaltungskosten	207
VII. Erbbaurecht	208
1. Erlöschen des Erbbaurechts entsprechend § 1026 BGB	208
2. Schuldrechtliche Verpflichtungen verbleiben bei Zwangsversteigerung beim ursprünglichen Erbbauberechtigten	210
3. Verjährung des Heimfallanspruchs und sonstiger Dauerpflichten aus dem Erbbaurechtsvertrag	215
4. Verlängerung des Erbbaurechts – Grunderwerbsteuer	217

F. Allgemeines Grundstücksrecht/Beschränkte dingliche Grundstücksrechte

I. Nießbrauch und Schuldübernahme	219
1. Übernahme“ von Miet- und Pachtverhältnissen bei Beendigung des Nießbrauchs	219
2. BGH Beschl. v. 12.6.2024 – XII ZR 92/22	220
3. Würdigung	222
II. Vorkaufsrechte	223
1. Keine Umwandlung eines subjektiv-dinglichen Vorkaufsrechts in ein subjektiv-persönliches Vorkaufsrecht	223
2. Dingliches Vorkaufsrecht an Miteigentumsanteil und Anteilsvereinigung	225
III. Dienstbarkeit	226
1. Erleichterte Übertragbarkeit von beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten mit besonderem Inhalt (§ 1092 Abs. 3 BGB)	226
2. Nutzungsbeschränkung auf Nutzung als „Seniorenwohnheim“ zulässig und bestimmt	230
3. Bestandteilszuschreibung des herrschenden Grundstücks bedarf keiner Zustimmung des Eigentümers des belasteten Grundstücks	232
4. Herrschendes Grundstück kann nicht „wandern“	233
IV. Grundschuld – Eigentum – Sicherungsvertrag	235
1. BGH Urte. v. 20.10.2023 – V ZR 9/22 als Anknüpfungsfall	235
2. Pech gehabt. Aber warum?	236
3. Was hätte der Kläger tun können?	239
4. Ein wenig Kritik am BGH	240
5. Rechte aus dem Sicherungsvertrag in der Gestaltungspraxis	242
V. Aktuelle obergerichtliche Rechtsprechung zu den Grundpfandrechten	246
1. Bereicherung aus Löschung forderungsfreier Grundschulden	246
2. Buchgrundschuldübertragung aufgrund konkludenter Zustimmung	249
3. Wirksamkeit einer Verfallklausel nach § 1149 BGB	252
4. Folgen der Vereinigung von Grundpfandrecht und Eigentum im Falle des Staatesbrechts	255

G. Grundbuchrecht

I. Transmortale Vollmacht	259
1. Transmortale Vollmacht für den Alleinerben	259
2. Auslegung der Vorsorgevollmacht	262
II. Bewilligung mit handschriftlichen Änderungen	264
1. Änderung nach Beglaubigung	264
2. Änderungszeitpunkt unklar	265
3. Wichtige Änderungen im Beglaubigungsvermerk dokumentieren	266
III. eGdR	267
1. Hintergrund: Art. 229 § 21 EGBGB	267
2. Anmeldung zum Gesellschaftsregister und Grundbuchberichtigung können in derselben Urkunde enthalten sein	268
3. Ausnahmen vom Voreintragsgrundsatz	273
IV. Die Verwendung elektronisch übermittelter Gerichtsbeschlüsse im Grundbuchverfahren	279
1. Herbeiführung der materiell-rechtlichen Wirksamkeit des Vertrages durch die Genehmigung	279
2. Grundbuchverfahrensrechtliche Lage	283
3. Ergebnis für den Standardfall (Bekanntgabe in Form der elektronischen beglaubigten Abschrift)	288

4. Sonderfall: Bekanntgabe gemäß § 169 Abs. 5 Nr. 2 ZPO (vertrauenswürdiger Herkunftsnachweis) 288

H. Steuerrecht

I. Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht 291

1. Europarechtskonforme Anpassung einzelner Regelungen mit grenzüberschreitendem Bezug 291

2. Beschränkte Erbschaftsteuerpflicht bei vermächtnisweisem Erwerb von Inlandsvermögen iSd § 121 BewG 293

3. Zeitpunkt der Ausführung einer gemischt-freigebigem Grundstücks-schenkung 293

4. Begünstigungstransfer bei Erbauseinandersetzungen über begünstigte Nachlassgegenstände 294

5. Parkhaus als erbschaftsteuerlich nicht begünstigtes Verwaltungsvermögen ... 296

II. Grunderwerbsteuerrecht 299

1. Ein der Gesellschaft „gehörendes“ Grundstück iSd § 1 Abs. 4a S. 1 GrEStG nF 299

2. Kein Verstoß gegen Nachbehaltensfristen bei Auslaufen der Übergangsregelung für Personengesellschaften 301

3. Anzeigen eines Erwerbsvorgangs auf elektronischem Weg 302

4. Kein neuer Gesellschafter iSd § 1 Abs. 2a GrEStG bei Verlängerung der Beteiligungskette 302

5. Steuerbefreiung eines Grundstückserwerbs aus Anlass des Übergangs von öffentlich-rechtlichen Aufgaben 304

6. Keine Grunderwerbsteuerbefreiung bei Aufhebung einer Wohnungseigentümergeinschaft 305

7. Bemessungsgrundlage der Grunderwerbsteuer bei Verlängerung eines Erbbaurechts 306

III. Ertragsteuerrecht 307

1. Anschaffung eines Grundstücks bei entgeltlichem Erwerb eines Miterbenanteils 307

2. Buchwertübertragung von Wirtschaftsgütern zwischen beteiligungsidentischen Schwesterpersonengesellschaften 309

3. Verschärfung der Körperschaftsklauseln 310

4. Wohngemeinnützigkeit als neuer gemeinnütziger Katalogzweck 311

5. Abtrennung und Veräußerung eines unbebauten Teils eines Wohngrundstücks 312

6. Exkurs: Einbeziehung eines Gartengrundstücks in die Steuerbefreiung eines Familienheims nach § 13 Nr. 4a–4c ErbStG? 314

7. Keine erweiterte Gewerbesteuerkürzung bei Veräußerung des gesamten Grundbesitzes im Laufe des Erhebungszeitraums 315

8. Inanspruchnahme der erweiterten Gewerbesteuerkürzung bei der Überlassung von Grundbesitz durch eine Besitz-Kapitalgesellschaft 316

I. Öffentliches Recht: Genehmigungserfordernis für die Aufteilung

I. Geltungsbereich von § 878 BGB 319

II. Voraussetzung für die Vorverlagerung des maßgeblichen Zeitpunkts 319

1. Fehlen von materiellrechtlichen Wirksamkeitsvoraussetzungen 320

2. Lediglich verfahrensrechtliche Eintragungshindernisse 320

J. Beurkundungsverfahren

I. Russlandsanktionen verbieten nicht Beurkundung eines Grundstückskaufvertrages	323
II. Systematische Beurkundung mit vollmachtlosen Vertretern	324
1. Sachverhalt	325
2. Richtlinien der Notarkammern verbieten systematische Beurkundung mit vollmachtlosen Vertretern	325
3. BGH: Kein Verstoß gegen § 17 BeurkG	325
4. Literatur: Systematische vollmachtlose Vertretung kann aber gegen § 14 BNotO verstoßen	326

K. Internationales Privatrecht: Europäisches Nachlasszeugnis und Grundstücksverkehr

I. Allgemeines zum Europäischem Nachlasszeugnis	327
II. Voraussetzungen zur Erteilung des Nachlasszeugnisses	328
1. Ordnungsgemäßer Antrag, Art. 65 EuErbVO	328
2. Keine streitige Entscheidung über die zu bescheinigende Rechtsposition, Art. 67 Abs. 1 UAbs. 2 lit. a EuErbVO	329
3. Keine mit der zu bescheinigenden Rechtsposition unvereinbare Entscheidung, Art. 67 Abs. 1 UAbs. 2 lit. b EuErbVO	331
4. Bestehen der bescheinigbaren Rechtsposition, Art. 67 Abs. 1 UAbs. 1 S. 1 EuErbVO	331
III. Zuständigkeit zur Ausstellung des Nachlasszeugnisses, Art. 64 EuErbVO	332
IV. Verfahren zum Erlass des Nachlasszeugnisses, Art. 66, 67, 70 EuErbVO	332
V. Wirkungen des Nachlasszeugnisses, Art. 69 EuErbVO	333
1. Allgemeines	333
2. Vermutungswirkung	335
3. Gutgläubenswirkung	335
4. Legitimationswirkung	335
VI. Berichtigung, Änderung oder Widerruf des Zeugnisses sowie Rechtsbehelfe ...	337
Stichwortverzeichnis	339